

ben machen möchten? das Volk? nein, unten den Fittigen der Freiheit wird es seine geistige und moralische Kraft erst kennen lernen, sie entfalten und die wahre Größe erreichen, es wird die Staats- und die gesellschaftliche Form vernünftig machen, es wird den arbeitenden Bruder aus seiner Sklavenstellung herausreißen und Arbeit, Arbeitszeit und Gewinn an der Arbeit in das verdiente und berechtigte Verhältniß zu dem Kapitale setzen. Nur die Krone und die durch Briefe und hie und da selbst trotz der Gegenbestimmungen der Verfassungsurkunden durch Herkommen immer noch bevorzugten Klassen und jene Schuste, die mißliche Einrichtungen stets zu ihrem Vortheile auszubeuten wissen, haben zu verlieren. Im Interesse der ersten sei es hier ausgesprochen, möge die Krone nie zu hartnäckig auf Verweigerung der Volkswünsche bestehen, möge sie, vorzüglich in Sachsen, die Beliebtheit, die sie im Volke genießt, durch starre Zurückweisung und Abfertigung der Petitionen, die sich vertrauensvoll an sie wenden, nicht verschmerzen, möge sie das sehr gestörte Vertrauen zwischen Volk und Verwaltung wieder herstellen. Wir haben bereits aus den Zeitungen erfahren, daß die Stadtverordneten und der Rath von Leipzig durch je 3 Mitglieder jedes Kollegs dem Könige eine Adresse überreicht haben, worin sie um Pressfreiheit, Volksbewaffnung und Vertretung des Volkes am Bundestage für das gesammte deutsche, und um Entfernung des Zwiespalts zwischen Regierung und Volk für das besondere sächsische Vaterland gebeten haben. Wir haben leider auch die Antwort der Krone gelesen: Verweisung des Unternehmens, als eines den betreffenden Kollegien nicht zuständigen Widerspruch gegen die Störung des Vertrauens zwischen Nation und Verwaltung, keine Gewährung der Volkswünsche, wie in Baden, sondern Verschieben auf die lange Bank der Landtage. Wir sagen es offen und ehrlich und nur im Interesse des Königthums: die Krone hat sich durch diese abfällige Antwort im Volke geschadet. Möge sie es wieder gut machen, möge sie, deren jetziger Träger gar nicht einer absolutischen Starrheit für fähig gehalten, sondern als volksfreundlich und human von Allen geschätzt und geliebt wird, der zweiten Leipziger Petition (deren Ueberbringer, während wir dies schreiben, vielleicht schon wieder in ihrer Vaterstadt angekommen sind), die aber eine entschiedenere Sprache führen und um Beseitigung des jetzigen Ministeriums, als mit den billigsten Volkswünschen in Widerspruch stehend, bitten wird, Gewährung der nachgesuchten Verbesserungen zusagen

und sie erfüllen! Dies ist der Wunsch aller ihrer wahren Freunde.

Aus Leipzig ist folgende

### Erklärung

an das Königl. Sächs. Hohe Gesamtministerium abgegangen:

Die Unterzeichneten erheben in dem Augenblicke, wo die lebensunfähige Welt der völkerunterdrückenden freiheitsfeindlichen Staatsweisheit von 1815 in ihren Angeln wankt, nochmals den Ruf der Mahnung, den Ruf um Recht an diejenigen, die bisher ihre Stimme nicht hörten und das Recht verweigerten. Sie erklären vor dem Angesichte Europas die geistesmörderische Censur noch einmal für eine Schande und Schmach, die ein gebildetes Volk nicht ertragen kann, nicht ertragen darf. Sie erklären die Ausnahmsgesetze, welche dieselben schufen und erhalten, nochmals für widersprechend dem ewigen Menschenrecht und der Bildung unserer Zeit. Sie erklären die Hemmung der Besprechung innerer Angelegenheiten selbst diesen Ausnahmsgesetzen gegenüber für eine Handlung der Willkühr und Gewalt. Sie erklären es für einen schändlichen Eingriff in Recht und Eigenthum, wenn man ihnen wohl erworbene Bücher und Zeitschriften unterdrückt oder wegnimmt, ohne Urtheil und Rechtspruch. Sie erklären, daß sie nicht mehr bitten mögen um ihr gutes Recht, daß sie aber hiermit die unausbleiblichen Folgen fernerer Rechtsverweigerung öffentlich und feierlich auf diejenigen wälzen, welche für Bitten und Mahnungen bisher kein Gehör hatten.

Leipzig am 29. Februar 1848, am achten  
29. Februar nach Einführung der Censur.

Wir theilen die in dieser Erklärung niedergelegten Ansichten vollkommen, wie sie das ganze Volk theilt und fühlen uns verpflichtet dieselbe zur Kenntniß unserer Leser zu bringen. Es ist nöthig, daß das Volk seine Meinung deutlich ausspreche und bestimmt und fest jene unveräußerlichen Rechte verlange, welche ihm bis jetzt widerrechtlich vorenthalten worden sind. Mögen bald ähnliche Erklärungen aus allen Theilen des Landes folgen, damit die Regierung die Forderungen des Landes kennen lerne und — gewähre.